

Freie Demokraten

Landesverband
Thüringen **FDP**

Antragsbuch

42. ordentlicher Landesparteitag der
FDP Thüringen

21. Oktober 2023

Waltershausen

INHALTSVERZEICHNIS

NR	INHALT	SEITE
001	Antragsinhalt: Mauterhöhung stoppen Antragsteller: Tim Wagner, Thomas L. Kemmerich, Tobias Gerling, Patrick Frisch	3
002	Antragsinhalt: Unterstützung der Unternehmen durch Erhöhung der Freibeträge, Anpassungen der Vorauszahlungen und Pfändungsfreibeträge Antragsteller: Tobias Gerling, Thomas L. Kemmerich, Christian Stonek	5
003	Antragsinhalt: Zukunftsinitiative Thüringen: Demografie und Fachkräftemangel innovativ begegnen Antragsteller: LFA 5 (Haushalt und Finanzen), Felix Kählert, Christian Stonek, Patrick Frisch, Andrea Dreßel, Stefan Beyer	7
004	Antragsinhalt: Digitalisierung und E-Commerce in Thüringen: Stärkung und Ausbau der Online-Handelslandschaft im Osten Deutschlands Antragsteller: Stefan Beyer	10
005	Antragsinhalt: Bekämpfung des Lehrermangels: Hochschulpersonal an Schulen einsetzen Antragsteller: KV Gotha	12
006	Antragsinhalt: Umdenken im Bildungssystem - Polytechnische Schulen für Thüringen Antragsteller: KV Gotha	14
007	Antragsinhalt: Anpassung Bildungsfreistellungsgesetz – Weiterentwicklung zu einem Ehrenamtsfördergesetz Antragsteller: Michael Schubert	18

INHALTSVERZEICHNIS

Nach §14 (4) LGO erneut zu behandelnde Anträge:

NR	INHALT	SEITE
W002	Antragsinhalt: Anpassung Thüringer Kommunalordnung – ThürKO – Beteiligung von Beiräten an Entscheidungsfindung in den Gemeinden Antragsteller: Michael Schubert, Christian Poloczek-Becher (auf dem 41. LPT in den LFA 2 überwiesen)	20
W003	Antragsinhalt: Kinderbetreuungskosten vollständig als Sonderausgabe von der Steuer absetzen Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter (auf dem 41. LPT in den LFA 5 überwiesen)	21
W004	Antragsinhalt: Modernisierung unserer Schulen im Land und in den Kommunen mit höchster Priorität voranbringen Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter (auf dem 41. LPT in die LFA 1 und LFA 5, Federführung beim LFA 1, überwiesen)	22
W005	Antragsinhalt: Demokratische Teilhabe stärken - Wählbarkeit für Kommunalwahlen anpassen Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter (auf dem 41. LPT in den LFA 2 überwiesen)	23
W006	Antragsinhalt: Schule braucht ein Update Antragsteller: Franziska Baum, Marco Thiele, Thomas L. Kemmerich (auf dem 41. LPT in den LFA 1 überwiesen)	24

**42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen**

ANTRAG-NR. 001

Antragsinhalt: Mauterhöhung stoppen

Antragsteller: Tim Wagner, Thomas L. Kemmerich, Tobias Gerling, Patrick Frisch

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Bundestag hat am, 21.09.2023, in erster Lesung über die von der Ampel geplante
2 Novellierung des Lkw-Mautsystems beraten. (BT-Drucks. 20/8092) Die Lkw-Maut soll der
3 Vorlage zufolge ab 01.12.2023 um eine CO2-Komponente erweitert werden. Ab 01.07.2024
4 sollen dann auch Lkw mit über 3,5 bis 7,5 Tonnen die Maut entrichten müssen.

5 Die Bundesregierung geht dem Entwurf zufolge von Maut-Mehreinnahmen i.H.v. 26,6 mrd.
6 Euro für die Jahre 2024 bis 2027 aus. Die erwarteten Mehreinnahmen durch die
7 Mautausdehnung auf Fahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen belaufen sich den Angaben zufolge
8 auf 4 mrd. Euro für den besagten Zeitraum.

9 Die FDP Thüringen fordert die FDP Fraktion im Deutschen Bundestag auf, der Novellierung nur
10 zuzustimmen, wenn folgende Punkte geändert sind:

- 11 1. Der Starttermin soll auf den 01.01.2026 verlegt werden.
- 12 2. Die Priorisierung für hochwertige LKWs mit Euro 6 Norm soll stärkere Gewichtung
13 1. bekommen.
- 14 2. Eine Doppelbelastung durch den CO2 Preis soll ausgeschlossen werden.
- 15 3. Nur die EU rechtlichen Vorgaben sollen umgesetzt werden.
- 16 4. Die Mehreinnahmen sollen ausschließlich dem Ausbau der Straßeninfrastruktur
17 zufließen
- 18 5. Transportunternehmen, die biogene Kraftstoffe verwenden sollen von der CO2
19 Bepreisung
- 20 6. befreit werden.
- 21 7. Der Ausbau der Infrastruktur soll flächendeckend begleitet und priorisiert werden.

22

23 **Begründung**

24 zu 1.:

25 Der geplante Termin 1. Dezember 2023 ist unglücklich gewählt. Änderungen der Transportpreise im
26 laufenden Geschäftsjahr lassen sich nur schwer umsetzen, so dass die Sorge besteht, dass die
27 erhöhten Mautkosten für diesem Monat vielfach zulasten der mautpflichtigen
28 Transportunternehmen gehen werden. Wenn Unternehmen Ihre Flotte anpassen wollen, so braucht
29 das Zeit. Die Lieferzeit für ein neues Fahrzeug liegt im Durchschnitt bei ca. 14 Monaten. Bestellzeiten
30 für Wasserstoff oder Elektro-LKW liegen bei 15-20 Monaten, wenn sie verfügbar sind. Außerdem sind

31 die Kosten für alternativ angetriebene Zugmaschinen aktuell etwa 3 mal so hoch.

32

33 zu 2.

34 Sollte es wirklich Ziel sein CO2 zu reduzieren ist auch die Bepreisung in den guten Abgasklassen Euro
35 6 im aktuellen Vorschlag zu hoch bzw. in den Klassen ab 4 und schlechter zu billig. Der CO2 Ausstoß
36 moderner LKW mit Euro 6 Norm beträgt ca. 56g CO2 und in Euro 4 ca. 180g Co2. Deshalb muss es
37 einen deutlicheren Anreiz geben, die Flotte zu modernisieren.

38

39 zu 3.

40 Gemäß Koalitionsvertrag und den Aussagen im Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung
41 mautrechtlicher Vorschriften soll eine Doppelbelastung durch den CO2-Preis ausgeschlossen werden.
42 Dies entspricht unseren Vorstellungen. Nach Entwurf des Haushaltsfinanzierungsgesetzes soll der
43 Festpreis je Emissionszertifikat durch Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG)
44 aber sogar erhöht werden: 2024 statt auf 35 auf 40 Euro und 2025 statt auf 45 auf 50 Euro. Die
45 vereinbarte Vermeidung einer Doppelbelastung sollte zügig angegangen werden. Dabei ist auch zu
46 beachten, dass jede Abgabenerhöhung auf Kraftstoff in Deutschland die Wettbewerbsposition
47 inländischer Transportunternehmen schwächt, da ausländische Transportunternehmen in der Regel
48 nicht in Deutschland tanken, sondern den in anderen Staaten getankten Kraftstoff verwenden.

49

50 zu 4.

51 Deutschland geht mit der CO2-Bepreisung über die Forderungen der EU hinaus. Begründet wird dies
52 damit, dass nur durch die Höhe des gewählten CO2-Aufschlags der gewünschte Lenkungseffekt
53 eintreten könne. Dies kann aber nicht gelingen, solange emissionsfreie Fahrzeuge kaum verfügbar
54 sind (siehe TOP 1) und die Errichtung von Ladeinfrastrukturen an dafür nicht ausgelegten
55 Stromnetzen und Problemen bei der Genehmigung scheitern. Außerdem ist eine bessere Steuerung
56 durch eine höhere Spreizung des Preises zwischen den Abgasklassen zu erreichen (siehe TOP 2)

57

58 zu 5.

59 Die Aufgabe der engen Zweckbindung der Mautmittel für Bundesfernstraßen und die Verwendung
60 eines Teils der Mittel für Mobilität und hierbei überwiegend für Bundesschienenwege wird von vielen
61 Transportunternehmen kritisch gesehen. Sie verweisen auf den weiterhin großen Investitionsbedarf
62 auch bei der Straße, insbesondere zur Sanierung und Engpassbeseitigung. Der Ausbau der Schiene
63 wird zwar ausdrücklich befürwortet, aber als gesellschaftliche Aufgabe angesehen, nicht als Aufgabe
64 eines anderen Verkehrsträgers.

65

66 zu 6.

67 Bei der Verwendung biogener Kraftstoffe (HVO 100, Bio-LNG) wird kein CO2 fossilen Ursprungs
68 emittiert. Transportunternehmen, die diese Kraftstoffe verwenden, sollten daher entlastet werden.

69

70 zu 7.

71 Die Tankstelleninfrastruktur ist weder für Wasserstoff- noch für Elektro LKW bisher vorhanden. Das
72 große Problem ist neben den Kosten v.a. die notwendigen Leitungen. Selbst in einem neuen
73 Industriegebiet ist es kaum möglich, eine ausreichende Ladeinfrastruktur aufzubauen.

74

75 *****

76 angenommen:

77 abgelehnt:

78 überwiesen:

79

42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen

ANTRAG-NR. 002

Antragsinhalt: Unterstützung der Unternehmen durch Erhöhung der Freibeträge, Anpassungen der Vorauszahlungen und Pfändungsfreibeträge

Antragsteller: Tobias Gerling, Thomas L. Kemmerich, Christian Stonek

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten Thüringen fordern die Vertreter der FDP in Landtag und Bundestag auf,
2 folgende gesetzliche Veränderungen zur Unterstützung von Unternehmen auf den Weg zu
3 bringen:

4 1. Erhöhung der Pfändungsfreibeträge bei Kontopfändung für Einzelunternehmen
5 zusätzlich zum Freibetrag der jedem Bürger zur Sicherung des Lebensunterhaltes
6 zusteht insbesondere für Steuern, Sozialabgaben etc. zur Sicherung und
7 Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes,

8 2. Änderung der Regularien zur Gewerbeuntersagung durch 6-12 Monate Ratenzahlung
9 ohne Nachweis beim Finanzamt Krankenkassen etc. Und die Festlegung einer
10 Mindestschuldsumme, ab welcher ein Verfahren eingeleitet werden kann sofern bei
11 einer geringeren Schuldsumme kein strafrechtlich relevantes Verhalten vorlag.

12 3. Schnellere Anpassung der Pfändungsfreibeträge für jedermann synchron zu
13 Tarifabschlüssen, Rentenerhöhung und Inflation.

14

15 **Begründung**

16 Nach eine einer weit mehr als 10 währenden stabilen Wachstumsphase erleben wir aktuell einen
17 starken Rückgang der Konjunktur in fast allen Bereichen der Wirtschaft bis hin zum Handwerk welches
18 bis zuletzt stabil geblieben war. Nach den Belastungen der Corona-Krise sorgen nun u.a. massiv
19 gestiegene Energie- und Rohstoffpreise, steigende Personalkosten, ein weiter steigendes Zinsniveau
20 für Kredite, steigende Sozialversicherungskosten oder ein starker Rückgang der Auftragseingänge etc.
21 für Verunsicherung und finanzielle Engpässe bei den Unternehmen.

22 Viele Unternehmen sehen sich in dieser schwierigen Situation oft mit im Voraus festgesetzten
23 Forderungen wie Vorauszahlungen oder Nachforderungen wie Steuer (Umsatz-, Einkommens,
24 Gewerbesteuer) Eigenbeiträge GKV konfrontiert Das System reagiert meist träge oder gar nicht auf die
25 sich rasant ändernde Marktsituation. Dies bringt gerade Klein- und Einzelunternehmer in eine
26 finanzielle und oft existenzbedrohende Schieflage die immer häufiger in einer Insolvenz und
27 Schließung des Unternehmens mündet.

28 Dies belegen die in diesem Jahr rasant gestiegenen Insolvenzanmeldungen. Durch die zu langsame
29 Reaktion des Systems wird Wirtschaftskraft und auch Steuereinkommen der kommenden Jahre
30 geschädigt uns sogar vernichtet. Dies könnte durch eine schnelle Umsetzung z.B. oben aufgeführten
31 Maßnahmen o.ä. Ansätze geringem Aufwand deutlich abgemildert werden.

32

33 Dieser Antrag soll den Blick und Fokus des Gesetzgebers auf die kleinen alltäglichen Probleme der
34 kleinen Unternehmen lenken die einen großen Teil unserer Steuereinnahmen erwirtschaften und
35 einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten!!!

36

37 *****

38 angenommen:

39 abgelehnt:

40 überwiesen:

41

42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen

ANTRAG-NR. 003

Antragsinhalt: Zukunftsinitiative Thüringen: Demografie und Fachkräftemangel innovativ begegnen

Antragsteller: LFA 5 (Haushalt und Finanzen), Felix Kählert, Christian Stonek, Patrick Frisch, Andrea Dreßel, Stefan Beyer

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten erkennen die Dringlichkeit, umfassende und proaktive Maßnahmen
- 2 gegen den drohenden Fachkräftemangel und die demografischen Herausforderungen des
- 3 Landes zu ergreifen. Um die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit und Daseinsvorsorge in
- 4 Thüringen langfristig sicherzustellen, fordern sie folgende Maßnahmen:
- 5 Erstens soll eine Effizienzsteigerung der Landesämter vorangetrieben werden, mit dem Ziel,
- 6 Thüringen als Vorreiter bei der Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes zu
- 7 etablieren. Dies bedeutet, dass Thüringen eine aktive Rolle bei der Anwerbung und Integration
- 8 von qualifizierten ausländischen Arbeitskräften spielen sollte.
- 9 Zweitens ist die Unterstützung der Kommunen bei der Professionalisierung ihrer
- 10 Integrationsprozesse unerlässlich. Dies umfasst insbesondere Maßnahmen zur Förderung der
- 11 gesellschaftlichen Integration und Teilhabe von Zuwanderern und Migranten.
- 12 Drittens muss eine Strategie entwickelt werden, die sowohl die Erwerbsbeteiligung erhöht als
- 13 auch die effektive Arbeitszeit verlängert. Diese Strategie sollte speziell auf die Bedürfnisse und
- 14 Möglichkeiten von jungen und älteren Arbeitnehmern ausgerichtet sein und könnte
- 15 Maßnahmen wie flexible Arbeitszeitmodelle, Weiterbildung und altersgerechte Arbeitsplätze
- 16 beinhalten.
- 17 Viertens ist die Initiierung eines Mobilitätsprogramms für Auszubildende von essenzieller
- 18 Bedeutung. Durch die Förderung spezieller Ausbildungswohnheime und Mobilitätshilfen sollen
- 19 regionale Unterschiede in Angebot und Nachfrage ausgeglichen werden. Hierbei sind
- 20 Wirtschaftsakteure aktiv einzubeziehen.
- 21 Fünftens soll die Einführung von praxisorientierten Berufsfelderkundungen und
- 22 Kompetenztests in Schulen gefördert werden, um Schülerinnen und Schüler bei der Berufswahl
- 23 zu unterstützen und ihre Fähigkeiten und Interessen besser auf die Anforderungen des
- 24 Arbeitsmarkts abzustimmen.
- 25 Sechstens ist es angebracht, die Funktion der bestehenden Übergangskoordinatoren zu
- 26 erweitern, um eine umfassendere Unterstützung der Schülerinnen und Schüler bei ihrer
- 27 Berufswahl zu gewährleisten.
- 28 Siebtens sollte ein Programm entwickelt werden, das Studierende an Thüringen bindet, durch
- 29 die Förderung einer stärkeren Praxisorientierung der Studieninhalte, die Einbeziehung von
- 30 Wirtschaftsakteuren und die Stärkung der Rolle von Hochschul-Jobmessen und studentischen
- 31 Arbeitsvermittlungen.

32 Achstens ist es erforderlich, kleinere und mittlere Unternehmen bei der Gewinnung von
33 Fachkräften zu unterstützen, beispielsweise durch neue Modelle wie die German Professional
34 School, die spezifische Weiterbildungsangebote für Fachkräfte bietet.

35 Neuntens muss eine Digitalisierungsinitiative ins Leben gerufen werden, um Unternehmen bei
36 der Einführung und Nutzung automatisierter Prozesse zu unterstützen.

37 Zehntens sollten die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, um Dienstleistungen in
38 ländlichen Regionen mit hoher Abwanderung aufrechtzuerhalten und zu verbessern.

39 Elftens ist das Thüringer Handwerk eine tragende Säule der Wirtschaft und des
40 gesellschaftlichen Wohlstands im Freistaat. Angesichts der Herausforderungen wie dem
41 Fachkräftemangel und dem demografischen Wandel ist es unerlässlich, dem Handwerk gezielte
42 Unterstützung zukommen zu lassen. Insbesondere stehen viele Handwerksbetriebe vor der
43 Herausforderung der Betriebsübergabe in den kommenden Jahren. Daher fordern wir:

44 • Keine Kürzung der Fördermittel für Existenzgründungen im Handwerk: Der
45 Haushaltstitel 683 76, der Förderungen von Existenzgründungen im Handwerk
46 vorsieht, darf nicht gekürzt werden. Angesichts der geplanten Richtlinienänderung
47 zum 01.01.2024 und der damit verbundenen Öffnung für alle gründungs- oder
48 übernahmeinteressierten Meisterabsolventen wäre eine Kürzung ein falsches
49 Signal.

50 • Adequate Verpflichtungsermächtigungen für die Leistungssteigerung im Handwerk:
51 Der Haushaltstitel 686 76 muss mit ausreichenden Verpflichtungsermächtigungen
52 ausgestattet werden, um überjährige Handwerksprojekte zu ermöglichen. Eine
53 Verpflichtungsermächtigung in Höhe von jeweils 500.000 EUR für die
54 Haushaltsjahre 2025 und 2026 wäre ein akzeptabler Kompromiss.

55 Durch diese Maßnahmen wird angestrebt, Thüringen als attraktiven und wettbewerbsfähigen
56 Standort zu erhalten und weiterhin zu fördern.

57

58 Begründung

59 Der demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel stellen Thüringen vor
60 erhebliche Herausforderungen, die eine umfassende und vorausschauende Strategie erfordern. Die
61 prognostizierte Abnahme der Erwerbsbevölkerung um 18,1 Prozent bis zum Jahr 2035 hat
62 weitreichende Konsequenzen für das wirtschaftliche Wachstum, die Daseinsfürsorge und die soziale
63 Stabilität in Thüringen.

64

65 Eine Effizienzsteigerung der Landesämter ist von zentraler Bedeutung, um Thüringen als attraktiven
66 Standort für in- und ausländische Fachkräfte zu positionieren. Durch die Unterstützung der Kommunen
67 in den Integrationsprozessen können Zuwanderer und Migranten besser in den Arbeitsmarkt und die
68 Gesellschaft integriert werden.

69

70 Darüber hinaus gilt es, die Erwerbsbeteiligung durch innovative Strategien, zugeschnitten auf die
71 Bedürfnisse verschiedener Altersgruppen, zu erhöhen. Die Bildung spielt dabei eine entscheidende
72 Rolle, nicht nur bei der Fachkräftegewinnung, sondern auch bei der Bindung von Studierenden und
73 Auszubildenden an den Standort Thüringen.

74

75 Die Digitalisierung bietet zudem Chancen, sowohl die Wirtschaftlichkeit als auch die soziale
76 Infrastruktur insbesondere in ländlichen Gebieten zu stärken. Sie ermöglicht es, den Fachkräftemangel
77 zu bekämpfen und bietet Wege zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Lebensqualität.

78

79 Dieser Antrag zielt darauf ab, das Land Thüringen zu einer proaktiven und effektiven Reaktion auf die
80 prognostizierten Herausforderungen zu führen. Nur so kann Thüringen auch in Zukunft ein attraktiver
81 und wettbewerbsfähiger Standort bleiben.

82 *****

83 angenommen:

84 abgelehnt:

85 überwiesen:

86

42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen

ANTRAG-NR. 004

Antragsinhalt: Digitalisierung und E-Commerce in Thüringen: Stärkung und Ausbau der Online-Handelslandschaft im Osten Deutschlands

Antragsteller: Stefan Beyer

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Thüringen nimmt zur Kenntnis, dass Social Commerce und E-Commerce bedeutende
2 und wachsende Märkte darstellen. Es ist festzustellen, dass die ostdeutschen Bundesländer
3 und insbesondere Thüringen in diesen Sektoren unterrepräsentiert sind. Signifikante
4 Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in Bezug auf den Jahresumsatz und die
5 Mitarbeiteranzahl in E-Commerce-Unternehmen sind evident. Obwohl ostdeutsche E-
6 Commerce-Unternehmen tendenziell höhere Eigenkapitalquoten aufweisen, zeigen sie eine
7 geringere Bereitschaft zur Investition und Risikobereitschaft im Vergleich zu ihren
8 westdeutschen Pendanten.

9 Angesichts dieser Herausforderungen fordern die Freien Demokraten die Entwicklung und
10 Implementierung spezifischer Förderprogramme für E-Commerce-Unternehmen in Thüringen.
11 Ziel ist es, das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche zu stärken. Zudem
12 sollte die Förderung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich E-Commerce und
13 Digitalisierung priorisiert werden.

14 Weiterhin stellen die Freien Demokraten in Thüringen fest, dass die Digitalisierung eine
15 Herausforderung für Unternehmen in ganz Deutschland darstellt, wobei in Ostdeutschland
16 weniger Investitionen in diesem Sektor getätigt werden. Die Verfügbarkeit von schnellem
17 Internet und die Zufriedenheit mit der Mobilfunkabdeckung sind in Ostdeutschland geringer
18 als in Westdeutschland. Diese infrastrukturellen Defizite behindern die Digitalisierung und den
19 E-Commerce erheblich.

20 Vor diesem Hintergrund fordert die FDP Thüringen die Priorisierung von Investitionen in eine
21 verbesserte digitale Infrastruktur. Dies umfasst sowohl den Ausbau von schnellem Internet als
22 auch die Verbesserung der Mobilfunkverbindungen. Darüber hinaus sollte die Zugänglichkeit
23 und Niederschwelligkeit von Förderprogrammen verbessert werden, um die Teilnahme von E-
24 Commerce-Unternehmen zu erleichtern und zu fördern.

25

26 **Begründung**

27 Die fortschreitende Digitalisierung bietet sowohl Chancen als auch Herausforderungen für
28 Unternehmen. Insbesondere der Bereich E-Commerce stellt in diesem Kontext eine Schlüsselbranche
29 dar, die stark vom digitalen Wandel profitiert. Dabei hat sich gezeigt, dass der Social Commerce als ein
30 Teilbereich des E-Commerce eine immer wichtigere Rolle einnimmt. Hierbei nutzen Unternehmen
31 vermehrt Social-Media-Plattformen, um ihre Produkte zu vermarkten und den Verkauf zu fördern.

32 Dieser Bereich wird voraussichtlich in den kommenden Jahren deutlich stärker wachsen als der
33 traditionelle E-Commerce, getrieben vor allem durch die Generationen Y und Z.

34 Trotz der Chancen, die der E-Commerce bietet, zeigt sich jedoch, dass dieser Bereich in
35 Ostdeutschland, insbesondere in Thüringen, unterrepräsentiert ist. So haben nur 12,5% der deutschen
36 E-Commerce-Unternehmen ihren Hauptsitz in Ostdeutschland. Zudem erzielen Unternehmen in
37 Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland deutlich geringere Jahresumsätze und beschäftigen
38 weniger Mitarbeiter. Auch die Unternehmensgrößen zeigen deutliche regionale Unterschiede, wobei
39 mittlere und große Unternehmen häufiger in Westdeutschland zu finden sind.

40 Trotz höherer Eigenkapitalquoten in Ostdeutschland zeigt sich eine geringere Bereitschaft zur
41 Investition und Risikobereitschaft im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen. Dies könnte auf eine
42 größere Risikoaversion der ostdeutschen Bevölkerung zurückzuführen sein.

43 Erschwerend kommt hinzu, dass in Ostdeutschland die Verfügbarkeit von schnellem Internet und die
44 Zufriedenheit mit der Mobilfunkabdeckung geringer ausfallen als in Westdeutschland, was die
45 Digitalisierung und den E-Commerce zusätzlich behindert. Diese infrastrukturellen Defizite
46 beeinträchtigen sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als auch die Zufriedenheit der
47 Verbraucher.

48 Zudem besteht in Ostdeutschland ein deutlicher Fachkräftemangel im Bereich E-Commerce und
49 Digitalisierung. Obwohl interne Qualifizierungsmaßnahmen als wichtige Lösungsstrategie gesehen
50 werden, werden diese in Ostdeutschland seltener angeboten als in Westdeutschland. Die
51 Wahrnehmung der politischen Unterstützung und Wirtschaftsförderung durch E-Commerce-
52 Unternehmen in Ostdeutschland ist darüber hinaus überwiegend negativ (siehe E-Commerce Atlas
53 Deutschland).

54 Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, um die Präsenz und
55 Leistungsfähigkeit des Online-Handels in Thüringen zu stärken, die digitale Infrastruktur zu verbessern
56 und die Fachkräfteausbildung und -verfügbarkeit zu fördern. Spezifische Förderprogramme für E-
57 Commerce-Unternehmen könnten dazu beitragen, das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit
58 dieser Branche zu stärken. Zudem sollte die Zugänglichkeit und Niederschwelligkeit von
59 Förderprogrammen verbessert werden, um die Teilnahme von E-Commerce-Unternehmen zu
60 erleichtern und zu fördern.

61

62 *****

63 angenommen:

64 abgelehnt:

65 überwiesen:

66

42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen

ANTRAG-NR. 005

Antragsinhalt: Bekämpfung des Lehrermangels: Hochschulpersonal an Schulen einsetzen

Antragsteller: Kreisverband Gotha

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Regelungsbedürfnis:

2 Der Lehrermangel ist eines der größten gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit. Dieser ist
3 nicht nur gegenüber den Schülerinnen und Schülern sehr ungerecht, sondern wird auch zu
4 einer weiteren Verschärfung der Probleme in unserer Volkswirtschaft führen. Nicht zuletzt wird
5 das verbleibende Lehrpersonal über Gebühr belastet. Die bisherigen Maßnahmen der
6 Landesregierung haben diesen Trend nicht aufhalten können, sodass heute ca. 800 Lehrerinnen
7 und Lehrer in Thüringen fehlen [1].

8 Antrag:

9 An den neun Thüringer Hochschulen sind derzeit knapp 21.000 Menschen beschäftigt, darunter
10 12.000 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter [2], ein Teil davon wird durch das
11 Land Thüringen finanziert. Ein nicht unerheblicher Teil dieses Personals wird in
12 Lehrveranstaltungen an Hochschulen eingesetzt und bereitet diese didaktisch vor und nach.
13 Damit sind prinzipiell die wesentlichen Voraussetzungen für einen Einsatz an den Schulen
14 gegeben.

15 Deshalb wird hiermit vorgeschlagen, die Hochschulen dazu aufzufordern, dass 1.000 geeignete
16 wissenschaftliche Mitarbeiter für jeweils bis zu 10 Stunden pro Woche auf freiwilliger Basis an
17 die Schulen (vor allem in die MINT-Fächer) abgeordnet werden können. Außerdem müssen die
18 Schulämter diesen Weg schnellstmöglich die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, einen
19 zeitlich begrenzten Einsatz zu ermöglichen, auch wenn kein pädagogischer Abschluss vorliegt.
20 An den Hochschulen soll der Einsatz an den Schulen durch eine entsprechende
21 Deputatsreduktion ausgeglichen oder dieser im Rahmen eines FuE-Projekts realisiert werden,
22 sodass die Bezahlung weiterhin durch das Land Thüringen gewährleistet ist.

23 Je nach Bedarf sollen Kurse (auch online) zur pädagogischen Nachqualifizierung dieser
24 Personen durch das Land Thüringen organisiert werden. Diese Quereinsteiger sollen den
25 Lehrern für einen befristeten Zeitraum von zwei Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung
26 rechtlich gleichgestellt werden.

27 Damit wird eine kurzfristige Übergangslösung für das beschriebene Problem realisiert, bis
28 wieder genügend Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen. Es ist nicht ausgeschlossen,
29 dass sich unter anderem befristetes wissenschaftliches Personal ganz für den Lehrerberuf
30 entscheidet.

31 An den Hochschulen müssen allerdings die Stundenausfälle durch effizientere Planungen und
32 evtl. Zusammenlegungen von Kursen kompensiert werden. Allerdings wird unser
33 Bildungssystem als Grundpfeiler der Gesellschaft als Solidargemeinschaft gesehen.

34

35 **Begründung**

36 erfolgt mündlich

37

38 *****

39 angenommen:

40 abgelehnt:

41 überwiesen:

42

42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen

ANTRAG-NR. 006

Antragsinhalt: Umdenken im Bildungssystem - Polytechnische Schulen für Thüringen

Antragsteller: Kreisverband Gotha

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Regelungsbedürfnis:
- 2 Eine gute Bildungspolitik hat unterschiedliche Aufgaben für jedes Individuum und die
- 3 Gesellschaft zu erfüllen:
- 4 - Grundlegende Regeln für eine funktionierende und friedliche Gesellschaft erlernen
- 5 (Erziehungsauftrag),
- 6 - Erlernen sozialer Handlungsweisen, um sich selbst in der Gesellschaft dauerhaft
- 7 zurechtzufinden und seine Rolle zu definieren (soziale Kompetenzen),
- 8 - Erlernen methodischer Fähigkeiten und Fertigkeiten, um sich Lösungen für unbekannte
- 9 Probleme im Leben und im Beruf induktiv und selbständig zur Wertschöpfung zu
- 10 erarbeiten (Methodenkompetenz),
- 11 - Fakten über unsere Kultur, unsere Geschichte und naturwissenschaftliche
- 12 Zusammenhänge erlernen bzw. auswendig lernen (Sachkompetenz).
- 13 Jedes Unterrichtsfach ist im Wesentlichen einer der Säulen zugeordnet, allerdings kann jede
- 14 dieser Säulen nicht allein existieren, sondern ist auf die anderen angewiesen und steht mit
- 15 diesen in Wechselwirkung. Alle Unterrichtsfächer sind diesem System zugeordnet, wobei die
- 16 Schwerpunktsetzung durchaus differenziert ist. Damit kann eine bildungs- und
- 17 gesellschaftspolitische Schwerpunktsetzung dadurch erreicht werden, wie sich das Curriculum
- 18 zusammensetzt.
- 19 Zurzeit wird in Thüringen ein antiindividueller Ansatz verfolgt, um eine möglichst homogene
- 20 Gesellschaft zu formen. Der Schwerpunkt liegt dabei im aktuellen Fächerkanon bei der
- 21 humanistischen Bildung und klar bei der Entwicklung sozialer Kompetenzen. Diese sind nicht
- 22 vordergründig wertschöpfend, sondern eher zur Stabilisierung einer politischen Ausrichtung
- 23 gedacht.
- 24 Diese Schwerpunktsetzung hat über die letzten Jahrzehnte der CDU- und anschließend
- 25 linksgeführten Regierungen zu einem Fachkräftemangel in bestimmten, wertschöpfenden
- 26 Berufen geführt, während in nichttechnischen Berufen immer noch ein Überhang besteht. Dies
- 27 führt einerseits zu einer dauerhaften Gefährdung der Wertschöpfung in Thüringen, weil dessen
- 28 Wirtschaft sich immer noch nicht nachhaltig aus der Rolle einer verlängerten Werkbank lösen
- 29 konnte (wofür mehr methodische Kompetenz notwendig wäre), andererseits führt dies zu einer
- 30 Gefährdung der Aufstiegschancen junger Menschen, die womöglich andere Berufe ergriffen
- 31 hätten.

32 Antrag:

33 In Thüringen wird ein ganzheitliches polytechnisches Bildungssystem gefordert, in dem die
34 Methodenkompetenz stärker ausgebildet wird als bisher. Damit sollen sowohl grundlegende
35 Kompetenzen und Fertigkeiten durch die Schülerinnen und Schüler in einem Alter erlernt
36 werden, in dem die wesentliche Entwicklung des Gehirns stattfindet und sich individuelle
37 Interessen ausbilden. Die Methodenkompetenz kann niemals ohne die anderen Teilgebiete der
38 Bildung geschaffen werden, findet allerdings hauptsächlich in bestimmten MINT-Fächern statt.
39 Auch bauen bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten auf anderen auf und sind in bestimmten
40 Lebensphasen besonders gut erlernbar. Alle diese Fakten müssen in einem guten Curriculum
41 beachtet werden.

42 Neue Unterrichtsfächer:

43 Konkret soll das durch eine Verschiebung im Fächerkanon realisiert werden. Folgende Fächer
44 sollen daher in den Unterricht erweitert bzw. integriert werden:

45 Pflichtbereich:

- 46 - Informatik (2 Stunden/ Woche, 5. - 10./ 12. Klasse),
- 47 - Technisches Zeichnen (2 Stunden/ Woche, 8. Klasse),
- 48 - Mechatronische Systeme (2 Stunden/ Woche, 9. Klasse),
- 49 - Maschinelles Lernen/ Künstliche Intelligenz (2 Stunden/ Woche, 10./ 12. Klasse)

50 Wahlpflichtbereich I:

- 51 - Regelungstechnik, Automatisierungstechnik oder Produktionstechnik (2
52 Stunden/Woche, 9. - 10. Klasse),

53 Wahlpflichtbereich II:

- 54 - Mechanik, Elektronik oder technische Informatik (2 Stunden/ Woche, 9. - 10. bzw. 11.
55 12. Klasse)

56 Wahlpflichtbereich III:

- 57 - Technische Physik, Biochemie oder Bionik (2 Stunden/ Woche, 9. - 10. bzw. 11. - 12.
58 Klasse)

59 Stundenausgleich (Summenprinzip):

60 Je nach Jahrgangsstufe sollen die benötigten Stunden bei den geistes- und
61 gesellschaftswissenschaftlichen Fächern entfernt werden, damit sich die Anzahl der
62 Unterrichtsstunden nicht erhöht. Religion/ Ethik sollte dabei in einen wohlobligatorischen
63 Bereich in den Nachmittag verlegt werden sowie Kunsterziehung und Musik je nach Schuljahr
64 im Wechsel angeboten werden.

65 Um das Modell zu erproben, sollten zunächst nur einige Pilotschulen (ca. eine pro Landkreis)
66 auf freiwilliger Basis auf dieses Modell umgebaut werden, wobei in einigen Landkreisen bereits
67 ähnliche Modelle existieren, die mit wenig Aufwand umgestellt werden können.
68 Übergangsweise könnten auch bereits existierende Fächer wie etwa Arbeit/Wirtschaft/ Technik
69 oder Wirtschaft/ Recht/ Technik mit wenig Aufwand auf die neuen Lehrinhalte umgestellt

70 werden. Außerdem muss die Landesregierung dafür sorgen, dass die Schulabschlüsse der
71 polytechnischen Schulen den restlichen Schulen gleichwertig sind.

72 Lehrermangel:

73 Da die Lehrkräfte für den polytechnischen Unterricht (nicht) mehr zur Verfügung stellen, ist
74 eine freiwillige Umschulung/ Weiterbildung von Lehrern durch das Land Thüringen bzw. das
75 ThILLM zu organisieren. Außerdem sollten wissenschaftliche Mitarbeiter an Hochschulen auf
76 freiwilliger Basis gewonnen werden, im Rahmen einer Weiterbildung (durch das ThILLM) nach
77 bereits einem Jahr für den entsprechenden Unterricht zur Verfügung zu stehen. Die dritte Säule
78 bildet die aktuelle Ausbildung von Lehrern. Hier sollen zusätzliche Studienplätze an der
79 Universität Erfurt (an der die Ausbildung der Polytechniker vor der Wende stattfand)
80 geschaffen werden. Damit sollten spätestens nach drei Jahren ausreichend Lehrer für die
81 neuen Unterrichtsfächer zur Verfügung stehen.

82 Finanzierung (Paritätsprinzip):

83 Polytechnischer Unterricht ist aufgrund der technischen Gerätschaften und ggf. nötigen
84 Umbaumaßnahmen teurer als klassischer Unterricht. Deshalb sind die Schulen, die sich
85 freiwillig zu diesem Prinzip verpflichten, mit einem einmaligen Zuschuss von 1 Mio. Euro zu
86 versorgen. Dieses Geld steht den Schulen frei zur Verfügung, um den zielgerichteten und
87 direkten Einsatz des Geldes zu gewährleisten.

88 Da die Unterhaltung ebenfalls teurer ist, müssen den Schulträgern zusätzliche Mittel dauerhaft
89 nach Anzahl der Schülerinnen und Schüler durch das Land Thüringen zur Verfügung gestellt
90 werden. Auch sollten bereits vorhandene Kapazitäten wie etwa Berufsschulen mit einbezogen
91 werden auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die polytechnischen Schulen.

92 Praxispartner:

93 Jede der polytechnischen Schulen verpflichtet sich, intensiv mit produzierenden Unternehmen
94 der Region zusammenzuarbeiten. Damit sollen einerseits Fachwissen direkt von den
95 Unternehmen zu den Schulen fließen, um den Unterricht stets aktuell zu halten. Andererseits
96 sollen Partnerschaften im Bereich der bereits stattfindenden Schülerpraktika gebildet werden,
97 damit die Schülerinnen und Schüler bereits zu Beginn der 9. Klasse einen fundierten Praxisplan
98 für die Klassenstufen 9, 10 und ggf. 11 erhalten und die Praktika didaktisch begründet und mit
99 einem abrechenbaren Lernerfolg stattfinden. Wichtig ist hierbei eine gründliche Vor- und
100 Nachbereitung der individuellen Praxispläne.

101 Zeitplan:

- 102 - Schuljahr 2024/ 25: Ausschreibung für polytechnische Schulen
- 103 - Beginn der Weiterbildung der 100 Lehrerinnen und Lehrer sowie wissenschaftliche
104 Mitarbeiter
- 105 - Beginn der Weiterbildung der Studienfächer in der Lehrerausbildung
- 106 - Schuljahr 2025/ 26: Ernennung von mind. einer Schule pro Landkreis zur
107 "Polytechnischen Schule"
- 108 - Start der ersten drei neuen Fächer aus dem o. g. Curriculum an den polytechnischen
109 Schulen

- 110 - erste Konferenz zur Auswertung und dem weiteren Vorgehen
- 111 - Schuljahr 2026/ 27: Start weitere drei neuer Fächer aus dem o. g. Curriculum
- 112 - zweite Konferenz zur Auswertung und dem weiteren Vorgehen
- 113 - Schuljahr 2027/ 28: Vollständige Einführung polytechnischen Unterrichts

114

115 **Begründung**

116 erfolgt mündlich

117

118 *****

119 angenommen:

120 abgelehnt:

121 überwiesen:

122

**42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen**

ANTRAG-NR. 007

Antragsinhalt: Anpassung Bildungsfreistellungsgesetz – Weiterentwicklung zu einem Ehrenamtsfördergesetz

Antragsteller: Michael Schubert

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landtagsgruppe der FDP Thüringen wird beauftragt eine Weiterentwicklung des
2 Bildungsfreistellungsgesetzes mit folgenden Schwerpunkten voranzutreiben:
- 3 - Erweiterung des Gesetzes auf alle Bereiche des Ehrenamtes
 - 4 - Ermöglichen, dass auch Wettkämpfe/ehrenamtliche Veranstaltungen als Teilnehmer,
5 Betreuer, Wettkampfrichter u.ä. darüber abgedeckt werden

6

7 **Begründung**

8 Das Ehrenamt ist nicht erst seit Corona das Rückgrat unsere Gesellschaft. Sei es beim Sport oder im
9 sozialen Bereich. Ziel und Anliegen des Antrages ist es das bestehende Gesetz weiterzuentwickeln zu
10 einem Gesetz als Hilfestellung für das Ehrenamt im Allgemeinen, das weiter geht als nur die
11 Weiterbildung.

12 Weitere Begründung erfolgt mündlich

13

14 *****

15 angenommen:

16 abgelehnt:

17 überwiesen:

18

**42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen**

ANTRAG-NR. W002 vom 41. LPT

Antragsinhalt: Anpassung Thüringer Kommunalordnung – ThürKO – Beteiligung von Beiräten an
Entscheidungsfindung in den Gemeinden

Antragsteller: Michael Schubert, Christian Poloczek-Becher

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landtagsgruppe der FDP Thüringen wird beauftragt noch in dieser Legislatur eine Änderung
2 der ThürKO dahingehend anzustreben, dass
- 3 • die Teilnahme von Vertretern der offiziellen Beiräte der Gemeinde/Stadt auch an
4 nichtöffentlichen Sitzungen von Ausschüssen möglich ist.
 - 5 • für diese Vertreter auch automatisch ein Rederecht in den jeweiligen Ausschüssen
6 besteht, dass sich nicht nur auf die Themen beschränkt, für die der entsendende Beirat
7 zuständig ist.

8

9 **Begründung**

10 Die Beiräte in den Gemeinden vertreten die Interessen und Bedürfnisse verschiedener
11 Interessengruppen gegenüber dem gewählten Stadtrat und der Verwaltung. Leider ist es laut
12 aktueller ThürKO nicht gestattet, dass die Beiräte an den nicht öffentlichen Sitzungen der
13 städtischen Ausschüsse teilnehmen dürfen, um in diesen Gremien direkt die Position der
14 jeweiligen Gruppen zu vertreten. Natürlich kann man sagen, dass das die Ausschüsse aufbläht
15 und weniger Arbeitsfähig macht. Aber es ist die Meinung der Antragsteller, dass die direkte
16 Teilnahme der Beiratsvertreter den Diskussionsverlauf und vor allem den Informationsfluss
17 vereinfacht im Ausschuss verbessert.

18 Eine detailliertere Begründung des Antrages wird mündlich erfolgen.

19 *****

20 angenommen:

21 abgelehnt:

22 überwiesen:

23

**42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen**

ANTRAG-NR. W003 vom 41. LPT

Antragsinhalt: Kinderbetreuungskosten vollständig als Sonderausgabe von der Steuer absetzen

Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freien Demokraten Thüringen fordern eine Veränderung von §10 Abs. 1 Nr. 5
2 Einkommenssteuergesetz. Zukünftig soll es möglich sein 100 Prozent der Kosten, die für die
3 Betreuung der Kinder anfallen, als Sonderausgaben geltend zu machen und von der Steuer
4 abzusetzen. Als Betreuungskosten sollen explizit auch die Verpflegungskosten in einer Bildungs-
5 Einrichtung (bspw. das Mittagessen in einem Kindergarten oder Schule) anerkannt werden.
6 Für jedes Kind soll es weiterhin möglich sein Kosten bis zu 6.000 Euro anzusetzen. Eine
7 regelmäßige Anpassung, orientiert am Verbraucherpreisindex, soll gesetzlich gleichermaßen
8 verankert werden.
9 Unsere Abgeordneten werden aufgefordert entsprechende parlamentarische Initiativen zu
10 ergreifen.

11

12 **Begründung**

13 erfolgt mündlich

14

15 *****

16 angenommen:

17 abgelehnt:

18 überwiesen:

19

42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21. Oktober 2023 in Waltershausen

ANTRAG-NR. W004 vom 41. LPT

Antragsinhalt: Modernisierung unserer Schulen im Land und in den Kommunen mit höchster
Priorität voranbringen

Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freien Demokraten Thüringen fordern den Investitionsstau sowohl in den Thüringer
2 Schulen als auch in den Schulsport-Einrichtungen konsequent weiter abzubauen und die
3 Modernisierung und digitale Vernetzung in den Klassenzimmern zu beschleunigen. Dieser
4 Prozess muss entbürokratisiert werden von kostenintensiven, aufwändigen
5 Wirtschaftlichkeitsrechnungen sowie sachfremden Formalien im Vergabe- und
6 Abrechnungsverfahren der einzelnen Leistungen.

7 Zugleich ist mehr Verlässlichkeit gegenüber den Schulträgern vor Ort essentiell notwendig. Wir
8 fordern, dass das im Landeshaushalt zweckgebundene Förderprogramm in Höhe von 30
9 Millionen Euro zukünftig anteilig an die staatlichen Schulträger direkt für Schulinvestitionen
10 ausgezahlt wird, um der intransparenten Fördermittelvergabe des Thüringer
11 Bildungsministerium durch mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort zu begegnen.

12 Wir fordern ergänzend die Einrichtung eines mehrjährigen Sonder-Investitionsprogramm für
13 Thüringer Schulen in Höhe von 200 Millionen Euro und an die staatlichen Schulträger als
14 zweckgebundenes Globalbudget auszureichen. Um möglichen Inflationsgefahren aktiv zu
15 begegnen und den Schulträgern auch mehr Zeit bei der Umsetzung und der Planung zu
16 ermöglichen, soll das Sonder-Investitionsprogramm auf einen 4-jährigen Umsetzungszeitraum
17 angelegt werden. Damit verbunden ist die Erwartung an die Schulträger und Kommunen vor
18 Ort, ihr bisheriges Investitionsniveau in die Bildungseinrichtungen auch in Zukunft
19 aufrechtzuerhalten, und vielmehr im Sinne einer gemeinsamen Kinder-Bildungsoffensive auch
20 ihrerseits mit Eigenmitteln zu steigern.

21

22 Unsere Abgeordneten im Thüringer Landtag werden aufgefordert entsprechende
23 parlamentarische Initiativen zu ergreifen

24 **Begründung**

25 erfolgt mündlich

26

27 *****

28 angenommen:

29 abgelehnt:

30 überwiesen:

**42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21.Oktober 2023 in Waltershausen**

ANTRAG-NR. W005 vom 41. LPT

Antragsinhalt: Demokratische Teilhabe stärken - Wählbarkeit für Kommunalwahlen anpassen

Antragsteller: Patrick Frisch, Michelle Richter

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freien Demokraten Thüringen fordern eine Veränderung des Thüringer
2 Kommunalwahlgesetzes hinsichtlich der Wählbarkeit für das Amt eines Gemeinde-, Stadt- und
3 Ortsteilratsmitglieds sowie eines Kreistagsmitglieds.

4 Das Gesetz ist insoweit anzupassen, dass für die im ersten Absatz genannten Wahlen jeder
5 Wahlberechtigte, der am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist, es sei
6 denn, dass er infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung
7 öffentlicher Ämter nicht besitzt oder sich zum Zeitpunkt der Wahl wegen einer vorsätzlichen
8 Straftat in Strafhaft oder in Sicherungsverwahrung befindet.

9 Unsere Abgeordneten im Thüringer Landtag werden aufgefordert entsprechende
10 parlamentarische Initiativen zu ergreifen.

11

12 **Begründung**

13 erfolgt mündlich

14

15 *****

16 angenommen:

17 abgelehnt:

18 überwiesen:

42. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 21. Oktober 2023 in Waltershausen

ANTRAG-NR. W006 vom 41. LPT

Antragsinhalt: Schule braucht ein Update

Antragsteller: Franziska Baum, Marco Thiele, Thomas L. Kemmerich

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 In einer globalisierten, digitalen und komplexen Welt, in der sich die Gesellschaft und ihre
2 Rahmenbedingungen immer schneller verändern, sind gut ausgebildete, mündige,
3 selbstbewusste Menschen nicht nur wichtige Ressource einer Industrie- und
4 Dienstleistungs-nation, sondern Treiber und Gestalter von Transformation und Zukunft.
5 Grundlage dafür ist und bleibt weltbeste Bildung. Ein Bildungssystem, das die Potentiale jedes
6 Einzelnen im Blick hat und darauf ausgerichtet ist, alle in ihrer Leistung und Begabung zu
7 fördern und zu fordern, legt den Grundstein für das Ergreifen individueller Lebenschancen und
8 die Begeisterung für lebenslanges Lernen und persönliche Weiterentwicklung.

9 Doch unser Bildungssystem steht nicht nur in Thüringen unter Druck. Durch
10 Fehlentscheidungen in der Vergangenheit leiden alle Schulen unter einem Mangel an
11 verfügbarem pädagogischem Personal. Der Verwaltungsaufwand in den Schulen ist um ein
12 Vielfaches gestiegen. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler gehen zurück, wie der IQB-
13 Bildungstrend jüngst bestätigte. Zu viele Schülerinnen und Schüler verlassen nach wie vor die
14 Schule ohne Abschluss. Lehrerinnen und Lehrer stehen teilweise machtlos vor Klassen, die in
15 ihrer Vielfalt kaum noch adäquat zu bewältigen sind. Für die individuelle Förderung von Kindern
16 aus besonders schwierigen Verhältnissen, ohne Deutschkenntnisse oder mit
17 Lernschwierigkeiten ist ebenso wenig Zeit wie für die Förderung von besonders begabten
18 Schülerinnen und Schülern. Die Verwaltungsstrukturen um Schule sind starr und nur selten
19 fallen Entscheidungshoheit und die tatsächliche Fähigkeit zur Problemlösung wirkungsvoll
20 zusammen. Es fehlt an Flexibilität, wirkungsvoll auf die Bedarfe vor Ort zu reagieren oder sich
21 den neuen Herausforderungen mutig zu stellen. Dies äußert sich in der ungenügenden
22 Fähigkeit auf Krisensituation wie beispielweise die COVID-19-Pandemie oder den Lehrermangel
23 zu reagieren, aber auch in der Zögerlichkeit, mit der bereits bekannte oder auch neue
24 Lösungsmodelle für Probleme an Schulen ausprobiert und in die Fläche gebracht werden.
25 Deswegen hinken wir in Deutschland und in Thüringen, nicht nur wenn es um Bildungskonzepte
26 für die digitale Welt geht, hinterher.

27 **Selbstverantwortliche Schule**

28 Unser Konzept zur Lösung der Herausforderungen im Bildungssystem ist die
29 selbstverantwortliche Schule. Das bedeutet für uns, dass sie freie Hand bei der Wahl des
30 Schulprofils, Personalhoheit und ein eigenes Budget hat. Damit Thüringen im nationalen und
31 internationalen Vergleich bestehen kann, müssen Strukturen und Konzepte auf den Prüfstand
32 gestellt werden. Für uns gelten die Prinzipien der Subsidiarität auch im Bildungssystem. In
33 Vertrauen in die schulische Eigenverantwortung müssen die Entscheidungshoheit und die für
34 eine Problemlösung notwendigen Ressourcen bei denen liegen, die von den Entscheidungen
35 betroffen sind. Das sind die Schulen. Sie müssen materiell und personell in die Lage versetzt

36 werden, auf die tagtäglichen und die langfristigen Herausforderungen reagieren zu können.
37 Unterstützungssysteme wie Schulverwaltung und Schulaufsicht müssen Schulen tatsächlich
38 stärken und sie nicht mit Verwaltungsaufgaben behindern. Wir Freien Demokraten wollen, dass
39 Schulen sich vor allem wieder auf ihr Kerngeschäft, das Unterrichten, die Wissensvermittlung
40 und den Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler konzentrieren können. Diese
41 Prinzipien leiten uns, wenn wir nach Wegen suchen, um ausreichend und gut ausgebildete
42 Lehrkräfte für die Schulen zu gewinnen, effiziente und offene Schulstrukturen zu etablieren und
43 zeitgemäßen Unterricht sicherzustellen.

44 **Weltbeste Bildung braucht weltbeste Lehrkräfte**

45 Schule und Unterricht sind nicht ohne den Einsatz von hervorragend ausgebildeten Lehrkräften
46 zu denken. Sie vermitteln Wissen, Werte und Fähigkeiten. Sie bilden Schülerinnen und Schüler
47 aus und unterstützen sie auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Wir Freie Demokraten
48 haben Vertrauen in die fachliche Kompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen in Thüringen.
49 Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass sie es sind, die Schule und Unterricht im Sinne
50 der Schülerinnen und Schüler gestalten. Dafür brauchen sie den Freiraum, in kollegialer
51 Zusammenarbeit Unterrichtsformate zu gestalten und Schule als Lern- und Arbeitsort zu
52 entwickeln.

53 Für uns spielt es keine Rolle, ob jemand bereits mit 18 Jahren die Leidenschaft für den
54 Lehrerberuf spürt oder erst nach mehreren Jahren beruflicher Erfahrung in anderen Bereichen.
55 Das System der Thüringer Lehrerbildung muss für alle fähigen Interessenten einen Weg zur
56 vollständigen Lehrbefähigung aufzeigen, unabhängig davon, wann sie in den Lehrerberuf
57 einsteigen. Dabei bleibt unser Anspruch an die pädagogische und fachliche Kompetenz an alle
58 Lehrerinnen und Lehrer gleich.

59 Immer wieder hören wir, dass sich Lehrkräfte nach dem Studium noch lange nicht auf den Alltag
60 in den Klassenzimmern vorbereitet fühlen. Deshalb muss bereits im Lehramtsstudium,
61 sichergestellt werden, dass Studierende frühzeitig mit dem praktischen Schulalltag in
62 Berührung kommen, wie es bereits an der Universität Jena umgesetzt wird. Außerdem müssen
63 die Studierenden bereits im Studium mit den Themen Digitalisierung, Heterogenität in den
64 Klassenzimmern, Mehrsprachigkeit, Elternarbeit und Schulentwicklung konfrontiert werden,
65 ohne dabei die wichtige fachliche und fachdidaktische Ausbildung zu vernachlässigen. Für uns
66 macht es einen Unterschied, ob Schülerinnen und Schüler zum Abitur als Hochschulreife
67 geführt, oder in Verbindung mit praxis- und berufsorientierten Inhalten auf eine
68 Berufsausbildung mit späteren Aufstiegsmöglichkeiten vorbereitet werden. Daher erschließt
69 sich uns die Notwendigkeit, das Lehramtsstudium nach Schulstufen neu zu organisieren, nicht.
70 Aus unserer Sicht hat sich die leistungsdifferenzierende Schulartenstruktur bewährt und sollte
71 sich auch in der Lehrerausbildung wiederfinden.

72 Für Menschen, die als Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf starten, muss sichergestellt werden,
73 dass die für den Unterrichtsalltag notwendigen Kompetenzen auch nachträglich
74 berufsbegleitend auf adäquatem Niveau erworben werden können. Seiteneinsteiger sind keine
75 Lückenbüßer oder Notfallhelfer in der Zeit des Lehrermangels. Sie bereichern Schule, indem sie
76 neue Perspektiven in die Lehrer- und Klassenzimmer bringen. Ihre beruflichen und
77 persönlichen Erfahrungen müssen wertgeschätzt werden, ohne dabei zu verhehlen, dass auch
78 sie sich das notwendige Rüstzeug für die Ausübung des Lehrerberufs aneignen müssen. Hier

79 muss von Anfang an klar sein, welche Schritte bis zum Erreichen der Lehrbefähigung zu gehen
80 sind und wie diese berufsbegleitend absolviert werden können. Deswegen wollen wir
81 Seiteneinsteigern über ein berufsbegleitendes Duales Studium, wie es zum Beispiel die TU
82 Dresden für die Berufsschulen in Sachsen anbietet, einen Zugang zum Lehrerberuf bieten.
83 Außerdem wollen wir die bestehenden Strukturen aus der zweiten Phase der Lehrerbildung,
84 die Studienseminare, intensiver für die Vorbereitung von Seiteneinsteigern nutzen. Über einen
85 an der jeweiligen Erfahrung orientierten, abgestuften Vorbereitungsdienst sollen sie an die
86 Lehrtätigkeit herangeführt werden. Dabei sollen sich, analog zu Lehramtsanwärtern, die
87 während des Vorbereitungsdienstes zu leistenden Unterrichtsstunden an den Fähigkeiten der
88 Bewerber orientieren und erst im Laufe der Zeit stufenweise erhöht werden. So werden
89 Seiteneinsteiger Schritt für Schritt an die Anforderungen des Schuldienstes herangeführt, ohne
90 einen "Praxischock" zu erleiden.

91 In einer sich stets verändernden Welt kann an dem Ort, der auf die Zukunft vorbereitet, kein
92 Stillstand herrschen. Deswegen muss auch bei Lehrkräften lebenslanges Lernen an der
93 Tagesordnung sein. Die formal festgeschriebene Pflicht zur Fortbildung muss endlich mit Leben
94 gefüllt werden und auch jene erreichen, die nicht bereits heute regelmäßig neue Themen für
95 sich entdecken. Dafür muss der Fortbildungskatalog für Lehrerinnen und Lehrer ausreichend
96 Angebote in pädagogischen wie auch in fachlichen Feldern bereitstellen. Neben Fortbildungen
97 am Studienseminar oder am Thüringer Institut für Lehrerbildung müssen auch andere passende
98 Fortbildungsangebote unkompliziert anrechenbar sein, wenn sie im Sinne der fachlichen und
99 beruflichen Weiterentwicklung der Pädagoginnen und Pädagogen sind. Das Budget für
100 „Schulinterne Fortbildungen“ muss erhöht und vor allem an die Größe des jeweiligen
101 Kollegiums angepasst werden. Wir wollen darüber hinaus eine bundesweite Online-Akademie
102 der Lehrerbildung aufbauen, deren Lehreinheiten sich unkompliziert in den Alltag von
103 Lehrerinnen und Lehrern integrieren lassen. Denn auch wenn Fortbildung für uns
104 selbstverständlich zur Arbeitszeit gehört, hat verständlicherweise für Lehrkräfte der Unterricht
105 Vorrang. Daher sind asynchrone Online-Module oder Angebote außerhalb der Unterrichtszeit
106 in der Lehrerfortbildung von besonderem Interesse.

107 **Schule mit Digitaler Welt verbinden**

108 Für uns Freien Demokraten hat die Sicherung von hochwertigem Unterricht oberste Priorität.
109 Er ist und bleibt das Kerngeschäft der Schule. Daher müssen alle darüberhinausgehenden
110 Aufgaben, Dokumentationspflichten und Verwaltungsmaßnahmen kritisch auf den Prüfstand
111 gestellt werden. Es muss festgestellt werden, welche Aufgaben durch
112 Verwaltungsunterstützung umgesetzt werden können, welche mit digitaler Unterstützung
113 effizienter gelöst werden können, und welche Aufgaben schlichtweg überflüssig sind und
114 wegfallen können.

115 Eine einheitliche digitale Schulverwaltungssoftware mit einer entsprechenden Schnittstelle
116 zum Lernmanagementsystem, der Thüringer Schulcloud, ist dafür die Grundvoraussetzung.
117 Damit Kollaboration und digitales Arbeiten im Unterricht ankommen können, muss die aktive
118 Zusammenarbeit im Lehrerkollegium und der alltägliche Einsatz digitaler Instrumente im
119 Arbeitsalltag der Pädagoginnen und Pädagogen, einen höheren Stellenwert erhalten.

120 Während dem Schulträger die Aufgabe obliegt, die technische Infrastruktur für Vernetzung und
121 digitales Arbeiten sowie die notwendige Administration nach entsprechenden Vorgaben der

122 Schule sicherzustellen, ist für uns das Konzept zur Umsetzung digitaler Schul- und Lernkultur
123 eine pädagogische Aufgabe und muss von den Schulen gemeinsam mit Experten
124 vorangetrieben werden. Darin gilt es auch zu klären, ob, wann und welche Geräte für die
125 Verwendung im Unterricht notwendig und geeignet sind.

126 Eine pauschale Verteilung digitaler Endgeräte an alle Schülerinnen und Schüler über die
127 Schulträger ohne Berücksichtigung der jeweiligen pädagogischen Konzepte vor Ort ist nicht
128 zielführend und aus unserer Sicht Steuergeldverschwendung. Vielmehr müssen für digitale
129 Lernmittel und damit für Technik und entsprechende Lernsoftware die gleichen Regeln gelten
130 wie für alle anderen Lernmittel. Ihre Nutzung wird durch die Schule im Rahmen der
131 pädagogischen Konzepte festgelegt und sie unterliegen der Lernmittelfreiheit. Das heißt, sofern
132 sie nicht von den Eltern selbst beschafft werden, sind sie an der Schule ausleihbar und über die
133 entsprechenden Vorgaben aus den Sozialgesetzbüchern zu budgetieren.

134 Wir wollen eine Art Zulassungskatalog auflegen, in dem für Schule geeignete Geräte und
135 Programme nach bestimmten Qualitätskriterien festgelegt werden können. Dabei müssen alle
136 vorgeschlagenen Systeme und Programme plattformübergreifend arbeiten,
137 datenschutzrechtlich unbedenklich sein und entsprechend der Selbstverpflichtung des
138 Freistaates OpenSource bevorzugen.

139 Die Schulcloud wollen wir als landesweite Lernplattform weiterentwickeln und so schnell wie
140 möglich mit einem integrierten Messenger- und Mailingdienst, Konten für Eltern sowie einer
141 Schnittstelle zum digitalen Klassenbuch ausstatten. Langfristig muss es möglich sein, dass sich
142 Schülerinnen und Schüler mit ihrer Schulcloud-ID auch in anderen Systemen einloggen können
143 und für Lehrkräfte der Austausch der Lehrkräfte untereinander und das Teilen digitaler
144 Unterrichtsmaterialien über die Schulcloud selbstverständlich sind.

145 **Schule öffnen und vernetzen**

146 In unserer selbstverantwortlichen Schule ist das Kollegium ein multiprofessionelles Team mit
147 unterschiedlichen Fähigkeiten, Funktionen und Rollen. Nicht nur Lehrerinnen und Lehrer zeigen
148 durch ihre jeweiligen Lebenserfahrungen und Bildungswege den Schülerinnen und Schülern,
149 welche Vielfalt an gesellschaftlichen Aufgaben auf sie warten. Auch IT-Experten, Psychologen,
150 Schulsozialarbeiter, Hauswirtschaftler, technisches Personal oder Verwaltungskräfte bereichern
151 die Schulgemeinschaft. Gemeinsam arbeiten sie für den optimalen Lernerfolg und die
152 Potentialentfaltung der Schülerinnen und Schüler. Gerade an Schulen mit umfangreicher und
153 kostenintensiver Technik, wie an vielen berufsbildenden Schulen, muss sichergestellt sein, dass
154 diese von Fachleuten ohne Unterrichtsverpflichtung gewartet und instandgehalten werden
155 kann. Die Schulen brauchen die Möglichkeit, hier entsprechendes Personal zu beschäftigen.

156 Auf dem Weg zur vollständigen Eigenständigkeit der Schulen wollen wir ein "großes
157 Schulbudget" nach hessischem Vorbild einrichten, das die Einstellung von externem Personal
158 oder Honorarkräften vorsieht. Das große Schulbudget erlaubt es der Schulleitung auch,
159 Kooperationsverträge mit externen Partnern abzuschließen, um beispielsweise ein Wahlfach
160 „Programmieren“ in Zusammenarbeit mit lokal ansässigen Spezialisten umzusetzen. Das
161 Budget wird entsprechend eines festzulegenden sozialraumbezogenen Bedarfsindex verteilt
162 und von den Schulen eigenständig verwaltet.

163 Wir wollen die Zusammenarbeit der Schulen mit Akteuren aus der Region, wie bspw. Vereinen,
164 Unternehmen, Hochschulen oder auch der kommunalen Verwaltung fördern. Dazu geben wir
165 den Schulen maximale, innerhalb der KMK-Vorgaben mögliche Flexibilität bei der Umsetzung
166 der Stundentafel, sodass einzelne Lernfelder über gemeinsame Projekte mit entsprechenden
167 Experten erarbeitet und auch die Leistungserbringung in deren Rahmen erfolgen können. Das
168 sorgt für modernen, weltoffenen Unterricht mit Praxisbezug.

169 Um die zusätzlichen Aufgaben, die mit der Eigenständigkeit einhergehen, zu bewältigen, muss
170 die pädagogische Schulleitung durch eine Verwaltungsleitung ergänzt werden. Diese hat
171 Erfahrung in den Bereichen Personalmanagement, Budgetverwaltung, IT-Management und
172 geschäftsführende Verwaltung und sorgt dafür, dass die Rahmenbedingungen für gute
173 pädagogische Arbeit gegeben sind.

174 **Mehr Engagement muss sich auszahlen**

175 Dass Leistung sich lohnt, ist nicht nur wichtig für Schülerinnen und Schüler. Auch für Lehrkräfte
176 muss gelten, dass höherer Einsatz belohnt wird. Deswegen wollen wir ein Entgeltsystem für
177 den Lehrerberuf einführen, das Leistung belohnt und dabei die vielen verschiedenen Aufgaben
178 in Schule berücksichtigt. Bestehende Strukturen des öffentlichen Dienstes, die eine solche
179 Herangehensweise behindern, wie etwa die Verbeamtung, wollen wir hinterfragen.
180 Überstunden, insbesondere Vertretungsstunden, die über ein bestimmtes Maß hinausgehen,
181 sollen künftig bezahlt werden, wie es bereits heute in Sachsen der Fall ist. Lehrkräfte, die sich
182 weiterbilden und zusätzliche Lehrbefähigungen für weitere Fächer erwerben, gewinnen sowohl
183 für die jeweilige Schule als auch für den Freistaat selbst an Wert. Ähnlich wie in Dänemark
184 wollen wir diesen Mehrwert für die jeweiligen Lehrkräfte spürbar machen und sie
185 entsprechend höher bezahlen.

186 Das System der Abminderungsstunden zur Kompensation von zusätzlichen als unterrichtsfremd
187 geltenden Aufgaben wollen wir überarbeiten. Dabei orientieren wir uns an dem System in der
188 Hansestadt Hamburg, wo sich die Lehrerarbeitszeit insgesamt aus Unterrichtszeiten, Korrektur-
189 und Vorbereitungszeiten sowie Zeiten für allgemeine Aufgaben zusammensetzt. Mit einer
190 einheitlichen Berechnungsmethode, die nicht nur Aufgaben der Klassenleitung und
191 Schulentwicklung, sondern auch die Korrekturzeiten für besonders korrekturintensive Fächer
192 berücksichtigt, ergeben sich so ganz unterschiedliche Unterrichtswochenstunden pro
193 Lehrkraft. So wird nicht ein an jeder Schule begrenzt verfügbarer Topf an
194 Abminderungsstunden im Kollegium verteilt, sondern alle anfallenden Aufgaben werden
195 angemessen in der Arbeitszeit jedes einzelnen Lehrers und jeder Lehrerin berücksichtigt.

196 **Zeitgemäße Prüfungskultur etablieren**

197 Für uns sind Freude an guter Leistung und das Erreichen der einzelnen Niveaustufen Motivation
198 und Kern des Lernerlebens. Um voranzukommen müssen Schülerinnen und Schüler die
199 Möglichkeit haben, sich entsprechend des eigenen Lernstands Schritt für Schritt weiter zu
200 entwickeln. Dabei darf die Förderung Leistungsschwächerer auf der einen Seite die Förderung
201 besonders Leistungsfähiger auf der anderen nicht einschränken. Wir wollen in Thüringen einen
202 Prozess zur Entwicklung einer zeitgemäßen Lern- und Prüfungskultur anschieben. Dabei geht
203 es nicht nur darum, die Rolle digitaler Hilfsmittel im Rahmen von Leistungserbringungen neu
204 zu definieren, sondern vor allem auch die zu prüfenden Kernkompetenzen zu definieren und

205 festzustellen, wie diese überhaupt bewiesen werden können. Heute können digitale KI-
206 gestützte Instrumente dabei helfen, den eigenen Lernpfad festzulegen und Modul für Modul
207 das Lernziel zu erreichen. Prüfungen und ihre Rolle im Lernprozess müssen also neu gedacht
208 werden.

209 Dabei steht für uns außer Frage, dass das Erreichen von Abschlüssen mit einer Prüfung zu
210 verbinden ist. Aus diesem Grund sprechen wir uns weiterhin dafür aus, die Besondere
211 Leistungsfeststellung (BLF) am Gymnasium beizubehalten und ihr Bestehen mit dem
212 Realschulabschluss zu quittieren. Allerdings wollen wir den Vorbereitungs-, Prüfungs- und
213 Korrekturaufwand insofern reduzieren, als dass die einzelnen Bestandteile als stärker
214 gewichtete Klassenarbeiten in das zweite Schulhalbjahr der 10. Klasse integriert werden und
215 auch mündliche Leistungsnachweise beispielsweise in den Fremdsprachen erbracht werden
216 können.

217 Mittelfristig wollen wir weiterhin darauf hinarbeiten, dass alle Schulabschlüsse bundesweit
218 einheitlich geregelt werden. Hier sehen wir nach wie vor Handlungsbedarf bei der
219 Kultusministerkonferenz. Statt der angekündigten Veränderungen bei der Anzahl der zu
220 belegenden Abitursekurse erwarten wir eine Diskussion über die Niveaustufen, die mit dem
221 jeweiligen Abschluss erreicht werden sollen, und wie diese über zeitgemäße Prüfungsformate
222 bundesweit einheitlich absolviert werden können.

223

224 **Begründung**

225 erfolgt mündlich

226

227 *****

228 **angenommen:**

229 **abgelehnt:**

230 **überwiesen:**